



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT 2007: GDW FORDERT POLITISCHE PRIORITÄT FÜR DIE STADTENTWICKLUNG

09.01.2007 Fachinformation

Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftliche Strukturwandel in vielen Regionen Deutschlands und Europas macht die Stadtentwicklung zur modernen Wirtschafts- und Strukturpolitik. Der GdW begrüßt vor diesem Hintergrund die Entscheidung der Bundesregierung, die Stadtentwicklung zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu machen. "Ob auf europäischer oder nationaler Ebene, die Bundesregierung sollte dem Thema Stadtentwicklung höchste Priorität einräumen", erklärte GdW-Präsident Freitag anlässlich des Treffens von EU-Kommission und Bundesregierung in Berlin. Auf nationaler Ebene ist in 2007 die Evaluation des Stadtumbauprogramms Ost vorgesehen. Seit 2003 wurden in diesem Rahmen von Unternehmen im GdW über 170.000 Wohnungen vom ostdeutschen Wohnungsmarkt genommen, vielerorts das Wohnumfeld aufgewertet und die städtische Infrastruktur angepasst. Bis Ende 2009, dem vorläufigen Auslaufen des Programms, sollen insgesamt 350.000 Wohnungen zurückgebaut worden sein. "Der bisherige Verlauf des Stadtumbaus in Ostdeutschland ist ein Erfolg und kann als Beispiel auch für andere Regionen in Deutschland und Europa dienen", erklärte Freitag. Die Lage auf den Wohnungsmärkten habe sich verbessert, ebenso die Qualität des Wohnens und des Wohnumfeldes. Insbesondere Großsiedlungen und die Gebäude des komplexen Wohnungsbaus hätten erheblich an Attraktivität gewonnen. "Der Stadtumbau muss auch nach 2009 gleich engagiert fortgeführt werden", forderte Freitag. Auch auf europäischer Ebene werde die Bedeutung des Themas zunehmend erkannt. So habe die EU-Kommission beispielsweise mit der EU-Initiative JESSICA (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas) erste Schritte eingeleitet, um mehr für die Entwicklung der Städte in Europa zu tun. Bei JESSICA handelt es sich um den Einsatz von Strukturfondsmitteln durch die Europäische Investitionsbank (EIB). Über eine Weiterentwicklung dieser Initiative werde auch während des Treffens der EU-Stadtentwicklungsminister, zu dem Deutschland im Mai 2007 nach Leipzig einlädt, beraten.

<https://bbu.de/beitraege/deutsche-eu-ratspraesidentschaft-2007-gdw-fordert-politische-prioritaet-fuer-die-stadtentwicklung>